

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 462

Mittwoch, 9. Juni 2010

16. Jahrgang

Kritik des Naturrohstoffabbaus in Guatemala von internationaler Seite

Inforpress Nummer 1839 (19. März 2010) fasst in diesem Artikel die Schlussfolgerungen der Versammlungen zweier internationaler Organisationen, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Komitees für die Eliminierung der rassistischen Diskriminierung der Vereinten Nationen (CERD), zusammen, welche je einen Bericht veröffentlichten, in dem hauptsächlich die guatemaltekische Regierung dazu ermahnt wird, das ILO-Abkommen 169 zu erfüllen und die Zustimmung der betroffenen indigenen Bevölkerung zu erfragen, bevor irgendwelche Projekte von Rohstoffabbau ausgeführt werden. Im Fall der Zementfabrik von Cementos Progreso in San Juan Sacatepéquez und der US-amerikanischen Mine Goldcorp in San Marcos, fordert die ILO, dass diese Projekte umgehend suspendiert werden. Die beiden Berichte erscheinen zu einem Zeitpunkt, in dem Goldcorp zwei weitere Projekte im Südosten des Landes vorantreibt, Projekte die genauso kontrovers sind, wie sie für Investoren und die Regierung wichtig sind. Gleichzeitig denkt die Regierung über die Verlängerung des Petroleumsvertrages mit der französischen Perenco nach.

CERD fordert *consultas* und das Ende der Landvertreibungen

Das CERD zelebrierte im Februar und März diesen Jahres in Genf seine 76. Session. Daraus ging ein internationaler Bericht hervor, der das Thema Diskriminierung aufgreift und im Fall Guatemala vor allem das Problem der Vertreibungen der indigenen Bevölkerung von ihrem Land anspricht. Im einzelnen äussert das CERD seine Sorge bezüglich wachsender Spannungen zwischen den indigenen Völkern und der Regierung, hervorgerufen durch den voranschreitenden Abbau von Rohstoffvorkommen. Es wird vor allem der Fall der Zementfabrik in San Juan Sacatepéquez hervorgehoben

Für das CERD bedeutet dies, dass „der Staat weiterhin Landvertreibungen in Gebieten erlaubt, die historisch gesehen das Eigentum der indigenen Bevölkerung sind und das, obwohl diese korrekt in den öffentlichen Registern eingeschrieben sind“. Weiterhin wird kritisiert, dass das Recht der indigenen Bevölkerung, konsultiert zu werden, bevor in ihrer Region Naturrohstoffvorkommen abgebaut werden, nicht respektiert wird.

Deshalb empfiehlt das CERD, dass Guatemala „adäquate Mechanismen einführt, die mit der UN-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker und dem ILO-Abkommen 169 übereinstimmen, d.h. es sollen Volksbefragungen in jenen Gemeinden durchgeführt werden, welche von Rohstoffabbauprojekten betroffen sein können, damit die Bevölkerung ihre freie Zustimmung im Voraus und im Besitz aller Information geben kann“. In diesem Sinne erinnert das Komitee daran, dass die *consultas* auch ohne das Abkommen 169 ILO durchgeführt werden können.

ILO fordert die Suspendierung von Bergbauprojekten

Im Februar, kurz bevor das Gutachten des CERD bekannt wurde, zelebrierte die ILO ihr 99. Treffen. In diesem Rahmen veröffentlichte sie einen voluminösen internationalen Bericht, in dem auch Guatemala zu finden ist.

Der Text weist die Regierung darauf hin, die Rechte der indigenen Völker zu beachten, d.h. sie zu befragen, bevor Massnahmen getroffen werden, die sie direkt betreffen. Dieser Hinweis ist auf das Abkommen 169 zurückzuführen, welches wirksam ist, unabhängig davon, was ein nationaler legislativer Text ausdrückt oder auch nicht ausdrückt. Ebenso ist es der Staat, der sich vor Vergabe einer Lizenz versichern muss, ob eine *consulta* stattgefunden hat, es ist nicht die Verpflichtung einzelner Personen oder privater Firmen.

Ausserdem wurden die Fälle der Firma *Cementos Progreso* in San Juan Sacatepéquez und der Mine Marlin, betrieben durch *Montana Exploradora de Guatemala, S.A.*, Tochterfirma der *Goldcorp*, in Sipacapa und San Miguel Ixtahuacán, San Marcos untersucht. Daraus hervorgehend fordert die ILO von der Regierung Álvaro Colom, dass sie sich nach dem ILO-Abkommen 169 richtet, welches 1996 von Guatemala ratifiziert wurde und gemäss dem die Bergbauarbeiten beider Firmen suspendiert werden müssten.

Aufgrund der Berichte des CERD und der ILO schloss sich eine Gruppe von Organisationen zusammen und richtete eine „verfassungsmässige Forderung an Colom, die beiden Projekte still zulegen“.

Investitionen in Millionenhöhe in Bergbau und Petroleum

In diesem Kontext haben in der letzten Zeit zwei weitere Bergbauprojekte das Aufsehen der Öffentlichkeit erregt. Beide Lizenzen gehören der Firma *Entre Mares de Guatemala S.A.*, Tochterfirma der *Goldcorp* und befinden sich in Cerro Blanco, Department Jutiapa und Escobal, Departments Santa Rosa und Jalapa.

Im Fall von Cerro Blanco handelt es sich um die Erforschung von Goldvorkommen. Da das Projekt sowohl Guatemala als auch El Salvador betrifft, existiert eine breite Schicht von Gegenstimmen – in beiden Ländern. Die Partei der *Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas* (URNG) rief diesbezüglich eine Versammlung ein, zu der AktivistInnen aus beiden Ländern erschienen. Dort erläuterte man die Bedrohung des Flusses Ostúa auf guatemalteckischer Seite und des Flusses Lempa auf salvadorianischer Seite. Lempa stellt die wichtigste Wasserquelle El Salvadors dar. Von daher beantragte man die Stilllegung des Projektes, worüber die Regierung nun diskutieren wird.

Das Projekt Escobal repräsentiert eine der Hauptreserven an Gold und Silber der *Goldcorp*, laut Firmenbericht von Ende 2009. Allerdings hat auch dieses Projekt offene Proteste von Seiten der sozialen Organisationen, Umweltorganisationen und der katholischen Kirche von Jalapa hervorgerufen.

Die Wichtigkeit von Projekten wie diesen für guatemalteckische und internationale AktionäreInnen wird in einem Bericht der Bergbauindustrie 2009 beleuchtet. Dieser sagt aus, dass zwischen 2003 und 2006 hohe Investitionen in die Bergbauindustrie flossen. Das lässt sich mit dem Beginn der Inbetriebnahme der Mine Montana in San Marcos erklären. Diese ist wahrscheinlich in den letzten Jahren die grösste Investition (400 Millionen US-Dollar) einer einzigen Firma in Guatemala. Auch andere Firmen wie *HudBay/CGN* (Projekt *Fénix*) haben fast 100 Millionen Dollar in El Estor, Department Izabal, investiert.

Das Interesse an Bergbau hat sich in letzter Zeit verstärkt, so dass davon auszugehen ist, dass die ausländischen Investitionen vor allem in diesem Sektor zu finden sein werden. *HudBay/CGN* plant z.B. die Investition von 1.1 Millionen US-Dollar für sein Bergwerk in El Estor. Auch *Cementos Progreso* plant, 690 Millionen US-Dollar in San Juan zu lassen (für die Zementfabrik und eine öffentliche Zugangstrasse); *Goldcorp* plant 590 Millionen US-Dollar zwischen 2010 und 2014 zu investieren, aufgeteilt auf die Mine Marlin, Cerro Blanco und Escobal. Allerdings hob *Goldcorp* hervor, dass sie diese Investitionen nicht tätigen wird, wenn diese nicht klar unterstützt und die politischen Voraussetzungen sich nicht ändern werden.

Neben den Bergbauangelegenheiten ist die Regierung ebenso damit beschäftigt, einen Erdölvertrag mit der französischen *Perenco* zu verlängern, die im Nationalpark *La Laguna del Tigre* operiert. Obwohl das *Umweltministerium* (*MARN*) und der *Rat für Naturschutzgebiete* (*CONAP*) gegen dies Verlängerung sind, hat wohl Präsident Alvaro Colom das letzte Wort. Colom steht der Verlängerung allerdings positiv gegenüber und begründet dies mit der wirtschaftlichen Entwicklung der betroffenen Region. Des weiteren würden die Strassen und Ölgruben schon seit 20 Jahren existieren und ihre Schliessung würde keinen Einfluss auf die Ökologie der *Laguna del Tigre* haben, so der Regierungsvorsitzende.

Neuer Generalstaatsanwalt ins Amt gebracht

Guatemala, 3. Juni. Der neue Generalstaatsanwalt heisst Conrado Arnulfo Reyes Sagastume. Er wurde von Präsident Alvaro Colom ernannt und am 25. Mai offiziell in sein Amt eingeführt. Er löst damit die Interims-Generalstaatsanwältin María Encarnación Mejía García ab, die am 18. Mai die Geschäfte übernahm, da Amilcar Velásquez Zárate seine Amtszeit beendet hatte, das juristische Tauziehen jedoch eine nahtlose Amtsübergabe verzögerte.

Der Auswahl von Reyes ging ein langer Prozess voran, der auch eine richterliche einstweilige Verfügung gegen die sechs von der Kommission ausgewählten KandidatInnen einschloss (siehe ¡Fijáte! 460).

Reyes hatte von der Berufungskommission alle 12 Stimmen erhalten, ein Argument, dem sich Colom – wie er sagte – nicht verschliessen konnte. Aber auch das gute Verhältnis zwischen Reyes und der CICIG sei – so wird Colom in der Zeitung *La Hora* zitiert – ein wichtiges Kriterium für ihn gewesen. Tatsächlich lagen gegen Reyes jedoch einige Bedenken der Zivilgesellschaft vor; eine Eingabe der *Movimiento Civico Nacional* konnte er offenbar entkräften.

An der Amtseinführung nahmen neben Regierungs- und ParlamentsvertreterInnen auch Mitglieder der Zivilgesellschaft, des diplomatischen Korps sowie des Verfassungsgerichts und des Obersten Gerichtshofes teil. Der US-Botschafter in Guatemala Stephen MacFarland und die französische Botschafterin Michèle Ramis-Plum zeigten sich erfreut über die Entscheidung und letztere forderte eine weitere enge Zusammenarbeit mit der CICIG.

In seiner Ansprache versprach Reyes, dass er innerhalb der ersten sechs Monate „greif- und messbare Ergebnisse“ im Kampf gegen Kriminalität, das organisierte Verbrechen und Korruption vorweisen wolle. Er werde seine Staatsanwaltschaft effektiver machen, als sie jetzt sei. Denn noch immer sei Guatemala geprägt durch ein hohes Level von Morden an Frauen, Busfahrern und Transportunternehmern und von

Einschüchterungsversuchen gegenüber der Bevölkerung, insbesondere jener Personen, die am verletzlichsten seien. Dem werde staatlicherseits wenig bis gar nichts entgegengesetzt.

Man könne nur hoffen, dass es besser werde, so lässt sich die Reaktion der Zivilgesellschaft zusammen fassen. Ana Maria de Klein der *Madres Angustiadas* erklärte, sie habe durchaus Vertrauen in Reyes, er habe grosse akademische Meriten. Auch Carmen Aida Ibarra von *Pro Justicia*, die Reyes im April noch als einen Kandidaten bezeichnete, der zu Unrecht auf der Liste stehe, sieht in dem Auswahlprozess zwar Hindernisse, insgesamt jedoch auch positive Aspekte. Es komme nun darauf an, die Staatsanwaltschaft gründlich zu säubern, denn nur so könne eine effiziente Arbeit gegen Straflosigkeit durchgesetzt werden.

Tatsächlich war laut *Prensa Libre* eine seiner ersten einschneidenden Amtshandlungen die Entlassung von 20 MitarbeiterInnen, darunter solche aus dem Sekretariat für Technische Koordination und der Sekretär der Abteilung für Politische Kriminalität. Ebenso Fanuel García, Privatsekretär des Staatsanwalts und unterlegener Kandidat bei der – inzwischen suspendierten und daher wieder offenen – Wahl des Leiters des *Instituts für Staatliche Strafverteidigung* IDPP (siehe ¡Fijate! 453). Ob damit die ‚richtigen‘ Personen abgesetzt worden sind, werden nur die ExpertInnen des Justizwesens beurteilen können. Carlos Castesana von CICIG jedenfalls hat Reyes aufgefordert, sein Amt niederzulegen.

Aus den fünf verbliebenen KandidatInnen wurden am 2. Juni drei Mitglieder des *Rates der Staatsanwaltschaft* vom Kongress ausgewählt. Es handelt sich um María Eugenia Morales de Sierra, Byron Renato Durán und Julio Rivera Clavería. Letzterer gehört zu denen, die von Pro Justicia als jemand angesehen wird, der Kontakte zu illegalen Gruppen habe. Morales de Sierra wiederum nahm die Wahl nicht an mit der Begründung, dass es einen Interessenskonflikt gebe, zwischen ihrer Funktion als Stellvertretende Menschenrechtsprokuratorin und einem Amt innerhalb der Staatsanwaltschaft.

Rücktritt von CICIG-Chef Castresana

Guatemala, 7. Juni. Diesen Montag gab Carlos Castresana, Leiter der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala CICIG überraschend seinen Rücktritt bekannt. Ebenso forderte er die Entlassung des eben erst eingesetzten Generalstaatsanwaltes Conrado Reyes.

Castresana bestätigte, dass die UNO seine Kündigung angenommen habe, versprach aber gleichzeitig, sein Amt nicht zu verlassen, bevor die Nachfolge nicht geregelt sei. Es könne nichts mehr tun für Guatemala, war die Begründung für seinen Rücktritt, die guatemaltekischen Behörden hätten einige der vereinbarten Abkommen nicht eingehalten um den Justizsektor zu reformieren und die Straflosigkeit regiere das Land immer noch. Ebenso wies er darauf hin, dass organisierte Gruppen daran arbeiteten, seinen Ruf zu schädigen, während dem er doch nur versucht habe, die Situation zu verbessern und den Filz zu säubern. Es gäbe innerhalb der Exekutive, der Legislative und der Judikative „FunktionärInnen und Persönlichkeiten, die auf notorische Weise zeigen, dass sie nicht die Interessen der GuatemaltekinInnen vertreten“, so Castresana.

Bezüglich des eben erst ernannten Generalstaatsanwalt Conrado Reyes erklärte Castresana, dieser sei nicht der Mann, den das Land verdient habe oder brauchen könne und er habe sich bei Präsident Colom dafür stark gemacht, dass Reyes zum Rücktritt aufgefordert würde. Reyes habe diesen Posten aufgrund von Abkommen erhalten, die er mit Advokaturbüros getroffen habe, welche in den Drogenhandel verwickelt sind. „Er ist mehr dem Drogenhandel als dem Rechtsstaat verpflichtet“, meinte Castresana über Reyes. Zu seiner Amtseinsetzung seien Personen erschienen wie Carlos Quintanilla, der Hauptverdächtige im Spionagefall im Präsidentenpalast, der unter Hausarrest steht aber sonst in absoluter Freiheit lebt. Es wird vermutet, dass Leute von Quintanilla für die Sicherheit des neuen Generalstaatsanwaltes verantwortlich sind, unter ihnen *Capitán* Juan Roberto Garrido, der in einen der grössten Korruptionsfälle der Geschichte Guatemalas verwickelt war. „Wir können nicht mit einer solchen Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten“ erklärte Castresana und bat die Organisationen der Zivilgesellschaft, sich gegen Reyes zu verbünden, sei dies mittels Rekursen beim Verfassungsgericht oder mit der schlichten Forderung nach seinem Rücktritt.

Kongressabgeordnete und AktivistInnen sind vom Rücktritt Castresanas überrascht. „Ich glaube, er schweigt sich über die wirklichen Gründe für seinen Rücktritt aus. Es war offensichtlich, dass er, bevor er die ersten Resultate liefern konnte, unter Druck stand. Aber jetzt sieht es fast so aus, als würde er das Handtuch werfen“, sagte die Aktivistin Carmen Aída Ibarra gegenüber dem Radio *Emisoras Unidas*.

Der UNE-Abgeordnete und Kongresspräsident Roberto Alejos bedauert den Rücktritt Castresanas. Der Kongress sei sich bewusst, dass er die Sicherheitsagenda, an der Castresana gearbeitet habe, weiterführen müsse. Roberto Molina, Präsident des Verfassungsgerichts, drückte ebenfalls sein Bedauern aus und versprach, dass mögliche Rekurse gegen die Ernennung des Generalstaatsanwaltes gesetzeskonform behandelt würden.

Castresana bedankte sich bei der Zivilgesellschaft und den Medien für ihre Unterstützung, ebenso denjenigen StaatsanwältInnen, die sich der Justiz verpflichtet fühlen. Er rief dazu auf, den Kampf gegen den Angriff auf den Rechtsstaat nicht aufzugeben. „Niemand ist unersetzbar. Die Arbeit der CICIG geht weiter und die Person, die mich ersetzen wird, ist ehrlich und unabhängig, das verspreche ich“, versprach Castresana abschliessend.

CIDH verlangt Schliessung der Mine Marlin

Washington/Guatemala, 20. Mai. Die *Interamerikanische Menschenrechtskommission* (CIDH) der Organisation Amerikanischer Staaten verlangt von Guatemala, „vorbeugende Massnahmen“ zum Schutz von Bevölkerung und Umwelt im Umfeld der Mine Marlin zu treffen. Zu diesen Massnahmen gehört auch die Schliessung der Gold- und Silbermine bis „auf weiteres“. Um die Massnahmen umzusetzen bzw. einen Plan vorzulegen, wie sie umgesetzt werden sollen, räumt die CIDH der guatemaltekischen Regierung 20 Tage Zeit ein.

Konkret geht es darum, der Umweltverschmutzung durch die Minentätigkeit vorzubeugen, die Quellen, aus denen 18 Dörfer ihr Trinkwasser beziehen, zu reinigen, die gesundheitlichen Auswirkungen, unter denen die AnrainerInnen zu leiden haben, zu beheben, und ganz allgemein das Recht auf Leben und physische Integrität der betroffenen Bevölkerung zu garantieren. Die Umsetzung aller Massnahmen soll unter Einbezug von VertreterInnen der Dorfgemeinschaften stattfinden. Ebenfalls wird die Regierung aufgefordert, einen Bericht vorzulegen über die „vom Staat auf Drängen des Unternehmens durchgeführten Verfolgungen und Einschüchterungen gegen Menschen, die sich dem Minenprojekt widersetzen“.

Gemäss der Pressesprecherin der CIDH, María Isabel Rivero, sind diese vorbeugenden Massnahmen für den guatemaltekischen Staat bindend, auch wenn es keine Sanktionen geben kann im Falle einer Missachtung.

Um Präsident Alvaro Colom bei seiner Entscheidungsfindung zu unterstützen, legte das Ministerium für Umwelt und Naturre Ressourcen MARN fünf Tage später einen von der Universität von Texas erarbeiteten Bericht vor, der besagt, dass die Wasserqualität in Sipakapa und San Miguel Ixtahuacán den internationalen Gesundheitsvorschriften entspreche. Wobei MARN-Chef Luis Ferraté gegenüber der Präsidentin der *Aussergewöhnlichen Kommission für Transparenz* des guatemaltekischen Kongresses, Rosa María De Frade, einräumte, dass man natürlich keine Risiken ausser acht lassen dürfe, da es immer Risiken gäbe. Weisse Worte, wie jüngste Ereignisse im Golf von Mexiko beweisen.

Auf das Urteil der CIDH angesprochen, meinte Ferraté, diese habe sich auf eine fehlerhafte Wasseruntersuchung „eines Italieners“ gestützt, der in Wirklichkeit Flaviano Bianchini heisst, Biologe ist, seit langem an den Auswirkungen von Tagebau auf die Umwelt vor allem in Guatemala und Honduras arbeitet und Anfang 2007 aufgrund eines Berichts über die Mine Marlin Todesdrohungen erhielt, dass er das Land verliess.

Gesundheitsminister Ludwig Ovalle liess verlauten, es müssten gründlichere Studien gemacht werden, um mit Sicherheit sagen zu können, dass es die Mine Marlin sei, welche die Gesundheit der Bevölkerung beeinträchtigt. „Man muss eine Untersuchung darüber machen, welche andere Fabriken und Industrien ausser der Mine in der Region tätig sind. Das wird eine Weile dauern.“ Eine absurde Aussage, befindet sich doch die Mine Marlin in einem völlig abgelegenen Gebiet, in dem es ausser den Feldern und Häusern der dort lebenden Indígenas keinerlei Zivilisation gibt.

Und nicht nur die Universität von Texas, sondern auch jene von Michigan, hat jüngst eine Untersuchung vorgelegt, gemäss der sich im Blut der im Umfeld der Mine lebenden Bevölkerung giftige Metallablagerungen finden und das Wasser dermassen mit Zyanid und Blei vergiftet ist, dass es sich nicht mehr für den Konsum eigne.

De Frade fordert nun eine Reform des Minengesetzes, das striktere Normen enthält. „Die Schwäche des Staates führt dazu, dass die Unternehmen machen, was sie wollen“, sagte Leiterin der Transparenzkommission des Kongresses.

Nicht einmal die Natur liebt Guatemala, Teil 1: Tropensturm „Agatha“ und sintflutartiger Regen verwüsten das Land

Guatemala, 31. Mai. Die Windgeschwindigkeit betrug 'nur' 75 Kilometer pro Stunde. Aber die Regenmenge war die höchste, die jemals in Guatemala gemessen wurde: Agatha fegte über Zentralamerika – und Guatemala erwischte es am heftigsten.

Zunächst war von 92 Toten die Rede, von denen 49 in Chimaltenango, 26 in der Hauptstadt, je 8 in Quetzaltenango und eine/r in Jalapa zu beklagen waren, inzwischen wird von 172 Toten und 101 Vermissten

gesprochen. Präsident Colom befürchtet, dass die Schäden grösser sein könnten als bei dem Wirbelsturm Stan, dem im Herbst 2005 über 1500 Menschen zum Opfer fielen (siehe ¡Fijáte! 345).

Die offiziellen Daten der *Nationalen Koordination zur Reduktion von Desastern* CONRED sprachen am 31. Mai von 9.100 beschädigten Häusern, davon waren 1.680 total zerstört, 5.955 mittelschwer und 1.465 leicht beschädigt. Mehr als 112.000 Menschen wurden evakuiert, 20.000 wurden obdachlos.

In der Hauptstadt wurde der Stadtteil Canaán in der Zone 18 besonders betroffen. Dort begrub ein Erdbeben fünf Hütten und forderte elf Menschenleben. In der Zone 2 bildete sich ein Loch mit einem Durchmesser von 30 Metern, in dem ein dreistöckiges Haus versank.

Anderorts gab es ebenso schwere Schäden, etwa an einer soeben fertig gestellten Brücke in Sacapulas, El Quiché. Dadurch waren die Bezirke Nebaj, Cunén, San Juan Cotzal, Chajul, Uspantán und Chicamán sowie in der Hauptstadt Santa Cruz del Quiché von der Aussenwelt abgeschnitten.

85 Prozent der Zuckerrohr- und Bananenpflanzen sowie Palmen wurden durch den Tropensturm vernichtet, bilanzierte Präsident Colom, nachdem er im Helikopter über das Land flog. Auch die Kaffeeernte (und damit eines des wichtigsten Exportproduktes des Landes) ist gefährdet.

Zu den am meisten in Mitleidenschaft gezogenen Ortschaften gehören Los Amates, Department Izabal, das gesamte Department Sololá, Gualán, Department Zacapa; Champerico, Department Retalhuleu; Guanagazapa, Department Escuintla; Pachalum, Department El Quiché, und Cuilco, Department Huehuetenango.

Mehrere Brücken in Santa Rosa, El Quiché, an der Grenze zwischen Guatemala Stadt und Baja Verapaz, in el Progreso, in Izabal, Solosa und Jutiapa stürzten nach Angaben des *Ministeriums für Verkehr, Infrastruktur und Wohnen* (CIV) zusammen. Insgesamt hat das Ministerium 5 Aushilfsbrücken, die nun aufgebaut werden sollen.

Mehrere Flüsse traten über die Ufer, insbesondere in den Dörfern Argueta, Sololá und La Concordia, Tonicapán sowie in der Region um den touristisch wertvollen Atitlan-See. Der Landweg von Panajachel Richtung San Antonio Palopó und Santa Catarina Palopo wurde nach Angaben des Präsidenten unterbrochen.

Nach einer Meldung der FAZ machte in der Stadt San Antonio Palopo eine gewaltige Schlammlawine ein ganzes Wohnviertel dem Erdboden gleich. Die Erdmassen hätten alles mitgerissen, was in ihrem Weg gestanden habe.

Auch Amatitlán und Palín gehören nach Informationen Coloms zu den am meisten betroffenen Gebieten des Landes: Der Fluss Michatoya ist mächtig angeschwollen; der Amatitlán-See ist um zwei bis drei Meter angestiegen.

In Champerico an der Pazifikküste Guatemalas mussten 900 BewohnerInnen in provisorische Herbergen evakuiert werden, 30 umliegende Gemeinden sind von der Aussenwelt abgeschnitten.

Die Aufräumarbeiten und Hilfslieferungen wurden durch den Ausbruch des Vulkans Pacaya (siehe eigener Artikel) erschwert, da in der Zeit des Ascheregens der Flugbetrieb unterbrochen werden musste. Nahe gelegene Flughäfen Mexikos und El Salvadors sprangen für Lieferungen von Hilfsgütern und die Evakuierung von TouristInnen ein.

Aufgrund der Ereignisse hat Colom den Aufschub einer Erdbeben-Übung verschoben, ebenso seine Reisen nach Kanada und in die Dominikanische Republik.

Nicht mal die Natur liebt Guatemala, Teil 2: Der erneute Ausbruch des Pacaya

Guatemala Stadt/München (CEG/sueddeutsche.de, seismoblog.de) Schon Ende April gab es schwere Erschütterungen, am 27. Mai hat der 2.500 Meter hohe Pacaya seine Asche 3.800 Meter in die Luft geschleudert und bis in die 50 Kilometer nördlich gelegene Hauptstadt und noch weiter verteilt. Die Ascheschicht war ca. sieben Zentimeter dick.

Inzwischen ist die Zahl der Todesopfer auf drei gestiegen. Der erste war der Journalist des Nachrichtensender Noti 7, Aníbal Archila, der mit seinem Team im Gebiet des Vulkanes unterwegs war, um über das Naturereignis zu berichten. Er wurde in der Nacht von Steinbrocken erschlagen. Eine weitere Person wurde von dem einstürzende Dach einer Schule erschlagen.

Vier Personen, darunter drei Kinder werden noch vermisst. Aus dem gefährdeten Gebiet rund um den Vulkan wurden 2.000 Menschen in Sicherheit gebracht. In der ganzen Region wurden die Schulen geschlossen. 15.000 BewohnerInnen der Umgebung wurden aufgefordert, ihre Häuser zu räumen und sich in Sicherheit zu bringen. In einer Gemeinde weigerten sich 300 EinwohnerInnen, ihren Ort zu verlassen, weil sie befürchteten, dass ihre wenigen Habseligkeiten geplündert werden könnten.

Derweil seien von staatlichen wie privaten Hilfsorganisationen Nahrungsmittel sowie Kleider und Decken verteilt und provisorische Unterkünfte errichtet worden.

Der Notstand bleibt vorerst für 15 Tage bestehen. Das könnte möglicherweise nicht ausreichen, da MitarbeiterInnen des *Instituts für Seismologie, Vulkanologie, Meteorologie und Hydrologie* (INSIVUMEH)

darauf hinwiesen, dass sich die Gestalt der beiden Krater des Vulkans verändert habe, und weitere Gefahren drohten. Der Leiter des Instituts, Eddy Sánchez, erklärte, dass die Regenfälle die Sicht zwar erschwerten, dass die Lavaströme jedoch eine Länge von 1.000 Metern und eine Breite von 100 Metern hätten. Die Nationale Katastrophenschutzkoordinationsstelle (CONRED) hielt die Alarmstufe Rot aufrecht und forderte weiterhin die Menschen in der Region auf, ihre Häuser zu verlassen. Sie schaltete auch ein Notrufnummer.

Nationales Abkommen über Sicherheit und Justiz ohne Fortschritte

Guatemala, 25. Mai. An einem Treffen der regionalen Menschenrechtsombudsstellen äusserte der guatemalteckische Vertreter Sergio Morales seine Besorgnis über die mangelnden Fortschritte des nationalen Abkommens über Sicherheit und Justiz. Von den 101 vor einem Jahr vereinbarten Punkten seien bisher einzig 12 umgesetzt worden. „Es fehlt an politischem Willen, denn die organisierte Gewalt ist ein gutes Geschäft, sie produziert zweimal mehr Geld, als der staatliche Etat umfasst“, erklärte Morales. Und tatsächlich stieg die Zahl der Gewaltopfer von 4507 im Jahr 2004 auf 6498 im vergangenen Jahr. Morales schlägt die Gründung eines unabhängigen Sicherheitsministeriums vor, welches das Thema Sicherheit aus einer Präventionsperspektive angeht.

Auch VertreterInnen des *Forums der sozialen Organisationen für Sicherheitsthemen* FOSS stellten am 20. Mai ihren ersten Bericht vor. Ihre Kritik geht in eine ähnliche Richtung wie diejenige von Morales: Fehlender politischer Wille, fehlendes Durchsetzungsvermögen auf höchster Ebene und Behinderung jeglicher Reformen und Reglementierungen seitens des Generalsekretariats des Präsidenten, das sie ein „schwarzes Loch“ nennen.

„Schuld“ ist aber gemäss Enrique Alvarez von *Incidencia Democatica* nicht allein der Staat, sondern auch die sozialen Organisationen, beiden fehle eine längerfristige Perspektive. Die Verabschiedung dieses spezifischen nationalen Abkommens sei das Ergebnis jahrelanger Diskussionen, die bereits mit der Unterzeichnung der Friedensabkommen begonnen habe. Unterdessen habe sich aber die Situation durch das Erstarken des organisierten Verbrechens und ihrer „Transnationalisierung“ verändert. Demgegenüber seien die technischen und politischen Möglichkeiten des Staates und seiner Institutionen je länger je schwächer geworden, so Alvarez. Diese Institutionen zu stärken, müsse deshalb eines der Hauptinteressen der sozialen Organisationen sein, so der Politologe. Es fehle an politischer Führungskraft und professioneller Ethik in den Institutionen, das Geld für die Umsetzung des Abkommens sei eigentlich längst gesprochen.

„Sicherheit und Justiz müssen Teil der Staatspolitik sein, ansonsten wächst ein Graben, den wir eines Tages nicht mehr überspringen werden können“, so Alvarez.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch
Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!
Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
barbara-m@bluewin.ch
E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!
Christian Hagmann
Am Bahnhof 6
78315 Radolfzell
fijate@web.de
E-Mail-Abo: Euro 50.-